

MM 7-2.2013

HAUSHALT

7,5 Millionen Euro an Krediten nötig

Für das laufende Finanzjahr 2013 wird die Gemeinde Oberhaching wohl Kredite in Höhe von rund 7,5 Millionen aufnehmen müssen. Dies berichtete Kämmerer Paul Fröhlich bei der Präsentation des Haushalts im Gemeinderat.

VON BIRGIT DAVIES

Oberhaching – Geschuldet ist die Kreditaufnahme vor allem den Investitionen in das Geothermieprojekt, die allein im vergangenen Jahr 14,6 Millionen Euro gekostet haben. Heuer wird das Projekt nochmal mit 4,4 Millionen Euro zu Buche schlagen. Auch der Neubau der Realschule Taufkirchen, wo Oberhaching im Zweckverband ist, kostet 2013 weitere 1,8 Millionen Euro. Zudem sind eine Million Euro als Investitionszuschuss für den Wohnungsbau eingeplant. Dies lässt die Rücklagen auf 600 000 Euro zusammenschmelzen, sie liegen also knapp über der gesetzlich vorgeschriebenen Mindesteinlage von 400 000 Euro. Die Mitglieder des Finanzausschusses hatten im Vorfeld mit spitzem Stift die geplanten Investitionen durchgesehen und gekürzt.

Insgesamt konnte das Investitionsvolumen um knapp 1,6 Millionen Euro auf 12,4 Millionen Euro verringert werden. Damit liegt der Kreditbedarf nun bei voraussichtlich 7,5 Millionen Euro.

Wie Fröhlich darlegte, könnte die Summe auch wesentlich geringer ausfallen, da man die weitere Entwicklung der Finanzen abwarten muss. Nach seinen Worten ist der „Haushalt als gesund“ zu bezeichnen, da dank der guten Wirtschafts- und Steuerlage jedes Jahr Überschüsse erzielt werden. So könnten aus dem Verwaltungshaushalt rund vier Millionen Euro an den Vermögenshaushalt zuge-

führt werden. Insgesamt liegt das Haushaltsvolumen bei knapp 53,3 Millionen Euro. Davon entfallen 40,8 auf den Verwaltungshaushalt und 12,4 auf den Vermögenshaushalt. Im Bereich der Gewerbesteuern rechnet man mit Einnahmen in Höhe von 19,8 Millionen Euro. Die Beteiligung an der Einkommenssteuer wird voraussichtlich von 7,8 auf 8,4 Millionen Euro ansteigen. Die Hebesätze von Grundsteuer und Gewerbesteuer bleiben unverändert.

Die größten Ausgaben entstehen bei der Kreis- und Gewerbesteuerung mit 16 Millionen Euro, gefolgt von den Personalkosten mit

9,2 Millionen Euro. Dabei liegen mittlerweile die Kosten für Kinderbetreuung höher als für die Kernverwaltung im Rathaus.

Grundschulbau schlägt mit 800 000 Euro zu Buche

Im Vermögenshaushalt schlagen neben Ausgaben für Geothermie und Realschule Taufkirchen 2013 auch 800 000 Euro für den Neubau der Grundschule zu Buche. Außerdem müssen 490 000 Euro für die Sanierung der Gleisentalstraße in die Hand

genommen werden ebenso wie 230 000 Euro für die Erschließung der Rodung. Verschieden wurden die Sanierung des Grünwalder Wegs, was 450 000 Euro einspart sowie der Ausbau der Josef-Weigl-Straße und der Verbindungsstraße nach Ödenpüschl, was insgesamt 780 000 Euro gekostet hätte.

Anja Wille (CSU) wies darauf hin, dass die Gemeinde auch weiterhin viel Wert darauf legt, freiwillige Leistungen zu tätigen. Die Vereinsförderung beträgt inklusive der Personalkostenzuschüsse für nicht-gemeindliche Kindereinrichtungen 1,4 Millionen Euro. „Der Haushalt ist

nachhaltig auf die Zukunft gerichtet und wird zukünftige Generationen nicht über Gebühr belasten“, erklärte sie. Dem stimmte auch Margit Markl (SPD) zu, die zudem darauf hofft, dass die Nachbargemeinde Taufkirchen möglichst bald die Probleme mit der Situierung des geothermischen Heizwerks löst, damit die Versorgung mit regenerativer Energie in Oberhaching beginnen kann.

Johannes Ertl (WGO) betonte außerdem, dass es für Oberhaching wichtig sei, für Firmen ein attraktiver Standort zu bleiben. Auch Max Artmann (Grüne) und Paul Mölter (BVO) befürworteten das Zahlenwerk.

Hofmann fordert anderen Standort für Grundschulneubau

„Ich bin etwas verwirrt“, kommentierte Anja Wille (CSU) den Antrag der Freien Bürger zum Haushalt. Diese forderten eine Prognose zur **Entwicklung der Kinderzahlen in Oberhaching**, damit der Neubau der Grundschule Deisenhofen eine angemessene Größe bekommt und sich nicht nach wenigen Jahren als klein entpuppt. Die Kosten für den Neubau samt Zweieinhalbfach-Turnhalle werden derzeit auf rund 13 Millionen Euro geschätzt.

Karl Hofmann (FB) hatte jedoch erst im Dezember in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eine solche Studie abgelehnt. Er wollte sparen und schlug statt eines externen Gutachtens von **Fachleuten** vor, dass die gemeindliche Verwaltung die

nötigen Zahlen zusammenträgt. Dies wurde vom Gremium mehrheitlich abgelehnt. Jetzt erklärte Hofmann dem Gemeinderat, dass die in den Planungen vorgesehene Zahl an Klassenräumen wohl nicht ausreichen wird und man daher einen **anderen Standort für den Bau der Schule in Betracht ziehen** sollte. Die alte Schule dagegen solle man sanieren.

Wille hielt dem entgegen, dass bereits Experten festgestellt hätten, dass eine Sanierung der Grundschule teurer kommen würde als ein Neubau. Erwin Knapke (SPD) ergänzte, dass außerdem der Freistaat über einen neuen Schulstandort entscheiden würde, und nach seiner Erfahrung kein Weg dorthin führt. Paul Mölter (BVO) be-

merkte, dass hier wohl **„Wahlkampfgetöse“** für Öffentlichkeit und Presse betrieben werde. „Gegen eine breite Mehrheit im Gemeinderat wollen Sie hier mit großer Hartnäckigkeit Ihre Vorstellungen durchsetzen“, sagte er.

Bürgermeister Stefan Schelle (CSU) berichtete, dass die **demographische Studie** Ende Februar fertiggestellt sein werde und man dann die Planungen für den Neubau nach deren Ergebnissen weiterentwickeln kann. „Der Gemeinderat beschließt zwar den Haushalt, doch die einzelnen Vorhaben werden natürlich nochmals dort mit den dann aktuellen Bedingungen diskutiert“, betonte er. Der Antrag wurde mit 22:2 Stimmen abgelehnt.

dv

Nur Karl Hofmann und Alfred Fischer von den Freien Bürgern äußerten ihre Zweifel, dass ein Neubau der Grundschule in Deisenhofen günstiger wäre als eine Sanierung (*siehe Kasten*). Bürgermeister Stefan Schelle (CSU) betonte, dass man zwar hohe Investitionen vor der Brust habe, jedoch gleichzeitig der Verwaltungshaushalt so gut aufgestellt sei, dass man in den Vermögenshaushalt Gelder zuführen und nötige Kredite abzahlen kann. Mit 22:2 Gegenstimmen der Freien Bürger wurden der Haushalt 2013 und die mittelfristige Finanzplanung 2014 bis 2016 befürwortet.